

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der FDP

auf Annahme einer Entschließung

### **„Rot-Rot mit grünem Trittbrett – kein Modell für Deutschland“**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Seit acht Jahren regiert Rot-Rot Berlin. Seitdem wurden zahlreiche Chancen zur Entwicklung unserer Stadt verspielt und viele Weichen falsch gestellt. Dies betrifft fast alle politischen Bereiche. Von der Innenpolitik, die viel zu lange linken Chaoten und Linksextremen freie Hand gelassen hat und in manchen Bereichen, wie dem dauerbesetzten Künstlerhaus Bethanien, immer noch läßt, bis zur Bildungspolitik, die immer wieder als Versuchsfeld für Experimente auf Kosten der Schüler und Lehrer erhalten muß. Dies betrifft ebenso die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die die Mittelschicht mit hohen Steuern und Abgaben belastet und die hohe Arbeitslosigkeit nur verwaltet. Diese rot-rote Politik hat es zu verantworten, daß Berlin mit 18,6 Prozent der Bevölkerung den bundesweit höchsten Anteil an „Hartz IV“-Empfängern hat.

Die drastischsten Beispiele für die Verfehlungen von Rot-Rot:

#### **Hauptstadt des Linksextremismus**

Seit Jahresbeginn wurden von linken Chaoten 157 Autos in Brand gesteckt. Damit nimmt Berlin den unrühmlichen Spitzenplatz in Deutschland ein. Diese, die öffentliche Sicherheit massiv gefährdenden Straftaten sind das Symptom eines laxen Umgangs mit den extremen Linken und das Resultat einer rot-roten Politik, die allein den Rechtsextremismus als Gefahr identifiziert und dem Linksextremismus weiten Raum läßt.

Selbst der Innensenator hat in Bezug auf die brennenden Autos unlängst festgestellt, daß Linksextreme in Berlin Morgenluft wittern und die notwendige gesellschaftliche Ächtung des Linksextremismus in Berlin fehle.

Es ist schlimm genug, daß dies in Berlin so ist! Es wäre fatal, wenn sich diese rot-rote Toleranz gegenüber Linksextremen und den linken Chaoten in ganz Deutschland breit machen würde.

#### **Gleichmacherei in der Bildungspolitik**

Das irrige rot-rote Weltbild in der Bildungspolitik lautet in etwa so: Wenn wir nur möglichst viele unterschiedlich leistungsstarke Schüler in eine große Einheitsschule zwingen, wird endlich individuell gefördert – denn Lehrer und Schulen müssen nicht zur individuellen Förderung fortgebildet und ausgestattet, sondern einfach nur gezwungen werden. Mit dieser Irr-Logik wird eine Reform nach der nächsten ohne Erfolgskontrolle auf die unvorbereiteten KiTas, Schulen,

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) einzusehen

Schüler, Eltern und Lehrer losgelassen und bringt immer wieder dieselben miserablen Ergebnisse.

Daß rot-rote Bildungspolitik bestenfalls gut gemeint, tatsächlich aber das Gegenteil davon ist, zeigt die Statistik: In keinem anderen Bundesland und in keinem anderen der im Rahmen der IGLU-Studie untersuchten Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so stark ausgeprägt wie in Berlin. Gerade angesichts der sozialen Struktur Berlins ist dies ein Alarmsignal und ein Armutszeugnis für Rot-Rot und kein Modell für Deutschland. Die Bildung ist die wichtigste Zukunftsressource unseres Landes und darf nicht zum Spielball spätsozialistischer Bildungsexperimente werden.

### **Rot-rote Klientelpolitik im Sozialbereich**

Die Erkenntnis, daß das Geld für die notwendige soziale Unterstützung der Schwachen unserer Gesellschaft erst einmal verdient werden muß, hat sich bis nach Berlin noch nicht herumgesprochen. Stattdessen werden in Berlin Sozialleistungen und Transferzahlungen von der rot-roten Regierung für die eigene Klientel großzügig verteilt und auf diese Weise die eigene Machtbasis in der Bevölkerung alimentiert.

Ausgerechnet in Berlin, wo es prozentual die meisten Hartz IV-Empfänger in der gesamten Bundesrepublik gibt, werden rechtswidrig überhöhte Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der AV Wohnen zum SGB II gezahlt. Bundes- und Landesrechnungshof haben Rot-Rot bisher vergeblich aufgefordert, diese Zahlungen, die sich jährlich mit einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag zu Lasten der Steuerzahler summieren, auf das Bundesniveau zurückzuführen. Diese zusätzliche Kostenbelastung aufgrund fehlerhafter Rechtsanwendung ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht all jener Arbeitnehmer, die ihre Familienwohnung aus eigener Tasche zahlen müssen, sondern brüskiert auch die Geberländer, von denen Berlin im Rahmen des Länderfinanzausgleichs profitiert und die ihren Hartz IV-Empfängern keine überhöhten Leistungen zahlen.

Die hohe Arbeitslosigkeit in Berlin ist bedauerlich, aber nicht unabänderlich. Ziel aller politischen Bemühungen muß es sein, gegen die Arbeitslosigkeit mit aller Kraft anzugehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen anstatt den Zustand der Arbeitslosigkeit für die – oft auch schuldlos – Betroffenen möglichst angenehm zu gestalten. Das Berliner Sozialsystem reduziert die Anreize zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung und führt in vielen Fällen zu einem Verharren in der rot-roten Hängematte auf Kosten der Solidargemeinschaft. Statt wirkungsvoller Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung hat der rot-rote Senat einen staatlich finanzierten „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ (ÖBS) geschaffen, der Arbeitsplätze im realen Arbeitsmarkt vernichtet und bereits einen dreistelligen Millionenbetrag verschlungen hat. Schon allein angesichts der dramatischen Verschuldungssituation ist die Dauersubventionierung dieses neuartigen „Volkseigenen Betriebs“ unverantwortlich.

Diese rot-rote Klientelpolitik im Sozialbereich gefährdet Wohlstand und ist kein Modell für Deutschland.

### **Hohe Belastungen für Bürger und Unternehmen**

Rot-Rot hat diverse Landessteuern und Abgaben in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich erhöht und damit die Standortbedingungen erheblich verschlechtert.

Der Hebesatz für die Grundsteuer B wurde zum 01.01.2007 von 660 auf 810 Prozent und damit weit über das Niveau prosperierender Städte wie Hamburg oder München (540 bzw. 490 Prozent) angehoben. Berlin hat mit Abstand den höchsten Grundsteuerhebesatz in Deutschland. Die Grundsteuer betrifft dabei nicht nur die Grundstücksbesitzer sondern über die umlagefähigen Betriebskosten auch alle Mieter.

Die Gewerbesteuer liegt in Berlin weit über dem Durchschnitt der angrenzenden Kommunen im „Speckgürtel“. Auch bei der Grunderwerbssteuer ist eine Rücknahme der Erhöhung von 4,5 auf die im Bundesländervergleich üblichen 3,5 Prozent erforderlich.

Hinzu kommt, daß es im rot-roten Berlin bundesweit die höchsten Wasserpreise gibt. Mit diesen Steuern und Abgaben belastet Rot-Rot vor allem die mittleren Einkommensschichten. Auch dies ist kein Modell für Deutschland! Statt immer weiterer Erhöhungen brauchen wir neben einem transparenten und gerechten Steuerrecht auf der Bundesebene eine Absenkung der weit überdurchschnittlichen Landessteuern, um Berlin als Wirtschaftsstandort wieder attraktiv zu machen und die Bürger zu entlasten.

**„Arm, aber sexy“ ist kein Modell für Deutschland**

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat die Anspruchslosigkeit des rot-roten Senats mit seiner selbstzufriedenen Beschreibung Berlins als „arm, aber sexy“ auf den Punkt gebracht. Es gilt zu verhindern, daß Klaus Wowereit dieses Motto demnächst auch in Deutschland umsetzt.

Stattdessen braucht Deutschland Unternehmergeist, eine moderne Familien- und Bildungspolitik und eine Abkehr von Problemlösungen auf dem Rücken unserer Kinder. Die rot-rote Subventionsmentalität ist kein Modell für Deutschland.

Die Menschen in unserem Land haben etwas Besseres verdient als rot-rote oder rot-rot-grüne Klientelpolitik in ganz Deutschland. Gerade jetzt wäre dies eine ernste Gefahr für Deutschlands Wohlstand und Freiheit. Gerade in der jetzigen Situation einer globalen Krise und der Notwendigkeit von Reformen in zahlreichen gesellschaftspolitischen Bereichen bedarf es Tatkraft, Optimismus und der Bereitschaft, die Probleme unseres Landes undogmatisch und mutig anzupacken.

Berlin, 16.09.2009

Meyer Dr. Lindner  
und die übrigen Mitglieder der FDP-Fraktion